

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Für Nachgeladene: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 2200,-  
Eingelassen am 17. 100,-, Sonntagsausgabe M. 150,-.  
Anzeigen-Preise Die halbjährige 10 mm breite Zeile M. 300,-, die vierteljährliche M. 400,-, Familien-  
anzeigen und Kleinanzeigen unter Beschränkung der Zeilenzahl M. 120,-.  
Werbung für Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe gegen Vorauszahlung.

Druck- und Verlagsanstalt  
Karlstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Kostenlos nur mit deutlicher Kundenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

**BANKHAUS  
HERMANN SCHULZ,  
KOMMANDITGESELLSCHAFT**  
Schreibergasse 12/14 Depotkassa Prager Str. 35  
Sämtliche bankmäßigen Geschäfte

**Alte wertvolle Bücher  
und Bibliotheken kaufen**  
v. Zahn & Jaensch, Waisenhausstr. 10  
Fernruf 21140

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Mäfer** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

## Der Ruhrraub in Kammerauschuß und Unterhaus.

Gelungenes Ablenkungsmanöver Poincarés — Der Angriff der englischen Liberalen auf die Regierung — Das englische Volk gegen die vorläufige Zerstückelung Deutschlands — Die systematischen Ausweisungen der Rheinlandkommission — Hundertmillionenraub in Selsenkirchen.

### Poincarés Verschleppungstaktik.

Unterbrechung und Verschiebung seines Rechenschaftsberichts vor dem auswärtigen Ausschuss. — Venner räumt die Klagen und letzten Methoden der Regierung.

Paris, 19. Febr. In der heutigen Sitzung des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten gab Poincaré nach dem offiziellen Kommuniqué ein eingehendes Exposé über die Verhandlungen in der Memel-Anglegenheit und sprach über die Entscheidungen der Vorkonferenz über das Statut dieses Gebietes und seine Aufspaltung in einen mit der Autonomie der Stadt und einer Garantie für den Transit. Er gab auch eingehende Auskünfte über die revolutionäre Bewegung in Memel und über die Art, wie die Ordnung wiederhergestellt und im Einverständnis mit den Alliierten und Frankreich eine neue Regierung eingesetzt wurde. Poincaré verteidigte sich auch über die Zwischenfälle, die sich in der neutralen Zone von Drann am 15. und 16. Februar ereignet haben. Er ging alsdann auf

#### die Verschleppungen Deutschlands

ein, die ihn in Ausführung des Friedensvertrags von Versailles zur Verletzung des Ruhrgebietes veranlaßt hätten. Er sprach über die Ausführung des von der belgischen und der französischen Regierung ausgearbeiteten Programms, namentlich über den Verkehr auf den Eisenbahnen, über die Abschließung der neutralen Zone, um die Ausfuhr von Kohlen, Koks, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis von dem Widerstand, der durch die deutsche Regierung verursacht sei, und von den Sanktionen, die gegen diejenigen Beamten ergriffen wurden oder noch ergriffen seien, die die öffentlichen Dienste lahmlegten. Poincaré erläuterte ferner die Maßnahmen, durch die das normale Leben in dem besetzten Gebiete sichergestellt werden soll. — Nach einstündiger Auseinandersetzung unterbrach Poincaré sein Exposé über das Ruhrgebiet und schlug dem Ausschuss vor, es in der nächsten Woche in einer neuen Sitzung fortzusetzen zu dürfen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Venner dankte dem Ministerpräsidenten für die umfangreichen Erklärungen, die er an der Hand von Daten und Dokumenten gegeben habe, die es nunmehr dem Ausschuss gestatteten, sich Rechenschaft abzugeben von der auswärtigen Politik der Regierung und von den Klagen und letzten Methoden, die sie angewandt habe, um die französischen Interessen zu wahren. (W. T. V.)

### Der Antrag der Liberalen auf Anrufung des Völkerbundes in der Ruhrfrage.

#### Die englische Nation gegen Frankreich.

London, 19. Febr. Heute nachmittags 4 Uhr begannen im vollbesetzten Unterhaus die Debatten über den gemeinsamen liberalen Änderungsantrag, in dem gefordert wird, daß gemäßlich der Operationen der französischen und belgischen Regierung im Ruhrgebiet der Völkerbundrat ersucht werden solle, unregelmäßig eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um Bericht zu erstatten

über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die beste Methode, solche Zahlungen zu verwirklichen.

### Delassenrie nimmt vorläufige Kredite für die Ruhrbesetzung auf.

Paris, 19. Febr. Der Finanzminister wird morgen im Ministerrat den Entwurf einer ergänzenden Kreditforderung für die Besetzungskosten im Ruhrgebiet während der Monate Januar und Februar unterbreiten und ihn, wenn er die Zustimmung des Kabinetts findet, in der Kammer einbringen. Das glaubt er zu wissen, daß die verkehrsmässigen Ausgaben, die der Entwurf berücksichtigt, zum größten Teil auf das Budget der von Deutschland an erhebenden Ausgaben übernommen werden sollen. Es handelt sich

1. um 5 Millionen für einmalige Ausgaben in der Vergangenheit und Zukunft für verschiedene Zivilkommissionen

2. um einen militärischen Kredit von 50 Millionen für die Besetzung und den Unterhalt der französischen Truppen im Rheinland und im Ruhrgebiet. Von diesen 50 Millionen seien 15 abzugeben, die dieselben Truppen im Rheinland gefohlet hätten und die auf ein anderes Kapitel übernommen würden.

3. um 30 Millionen für das Eisenbahnbudget der besetzten Gebiete, die sich verteilen auf Ausgaben von Betriebsmitteln, Antriebskräfte und laufende Betriebskosten, requirierete Strecken. Die künftigen Ausgaben sollen auf das ordentliche Budget übernommen werden. (W. T. V.)

ferner fordert der Änderungsantrag, daß der britische Vertreter im Völkerbundrat beauftragt werden solle, darauf zu dringen, daß eine Einladung an die amerikanische Regierung ergehe, Sachverständige für diese Kommission zu ernennen. Das nationalliberale Parlamentsmitglied, der frühere Unterrichtsminister Fisher, brachte den Antrag ein. Der unabhängige liberale Fringler trat ebenfalls nachdrücklich für den Änderungsantrag ein. Hierauf sprach Sir Robert Cecil, der sich gegen den Antrag wandte. Fisher gab in seiner Rede der Uebersetzung Ausdruck, die weitens überwiegende Mehrheit des Hauses und der Nation sei der Ansicht, daß die Regierung den Franzosen bei der Verletzung des Ruhrgebietes nicht assistiert wäre. Er hoffte, daß die Franzosen durch die wenigen Organe der öffentlichen Meinung in England, die das Ruhrunternehmen unterstützen, nicht zu dem Glauben verleitet würden, daß die französische Politik die Unterdrückung Englands beziehe. Die Ansichten des Hauses und des Landes seien in den letzten Wochen von Bonar Law richtig zum Ausdruck gebracht worden. (Die Fortsetzung des Berichts lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.)

### Der „Observer“ gegen Bonar Law und Frankreich.

London, 19. Febr. „Observer“ schreibt in einem Leitartikel: Alles, was jetzt von den französischen Plänen im Ruhrgebiet übriggeblieben sei, sei die vorläufige und kurzlebige Politik der Zerstückelung Deutschlands. Die gemäßigten französischen Publizisten verurteilten dies jetzt. Alle Vorbereitungen dafür seien getroffen. England gebe sich keinen Entschlüssen mehr darüber hin. Da die Lage sich in dieser Weise geändert habe, müßte sich die britische Politik mit ihr ändern. Das britische Kabinet habe jetzt vor der Wahl, sich entweder offener oder heimlicher Mitverantwortung schuldig zu machen oder sich vollkommen freie Hand zu bewahren, und zwar in einer Weise, die Frankreich am wenigsten reize und am besten geeignet sei, die künftigen Kompromißbemühungen zu fördern. Zwischen dieser Alternative könne kein Mittelweg gefunden werden, solange Poincaré an der Macht sei. Der französischen Regierung müsse mitgeteilt werden, daß die annehmbarste Lage unmöglich sei. Das konservative Kabinet vertrete nur eine Minderheit der Wählerhaft. Die Billigung der Ruhrpolitik beschränke sich auf eine Minderheit der konservativen. Die große Mehrheit des britischen Volkes widerlege sich durchaus der militärischen Eroberung des Ruhrgebietes und der Teilung Deutschlands. Die englische Regierung müsse nebenbei auch einer anderen Regierung Platz machen, die die Ansicht fester vertritt. Wenn Frankreich seine Wiederherstellungspolitik nicht ändere, könne dies einen Bruch sowohl des Versailler Vertrags, als auch der Entente darstellen. Es müsse Frankreich mitgeteilt werden, daß die britischen Truppen zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Rhein zurückgezogen werden müßten, und dies bedeute, daß England jede Verantwortung für irgendeinen Teil des durch den Versailler Vertrag begründeten Systems ablehne. (W. T. V.)

### Was hat das Deutsche Reich nach dem Diktat von Versailles schon geleistet und verloren?

48 Milliarden Gold an Leistungen (Staatsdebtentum, Handelsflotte, Saargruben, Eisenbahnmateriale, Kabel, Liquidiertes deutsches Eigentum, Kohle, Farbstoff, Flech, Vorkriegsbesitz, abgetretene Forderungen der Kriegsverbündeten und vieles andere mehr).

10,5 Milliarden Gold an inneren Ausgaben und Verlusten (militärische und industrielle Abrüstung usw.).

Zusammen 58,5 Milliarden Gold.

Rechnet man dazu den Wert Glasteuerungs- und der deutschen Kolonien, so gelangt man zu über 100 Milliarden Gold, die Deutschland als Staat bis zum 30. September 1922 schon geleistet und verloren hat. Dazu kommen noch die ungeheuren Verluste und Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft.

In Papierwert umgerechnet, bei einem Dollarkurse von 20 000 Mark, bedeuten allein die 58,5 Milliarden Gold die Summe von

282 500 Milliarden oder 282 1/2 Billionen Mark.

**Dollar (Amtlich): 19 850**  
im Freiverkehr abends 6 Uhr: 21 300

### Frankreichs deutsche Politik.

Von Dr. Dietrich Schäfer,  
ord. Professor an der Universität Berlin.

Das Ziel der gegenwärtigen französischen Politik gegenüber Deutschland ist jedem, der leben kann und will, völlig klar. Frankreich will kein deutsches Reich neben sich dulden. Deutschland soll zerstückelt werden. Frankreich will besitzen, was ihm wünschenswert erscheint; andere Nachbarn mögen nehmen, was ihnen paßt. Viesfach spricht man von einer Erneuerung der Politik Ludwigs XIV. Das ist irreführend. Es hat nie eine andere französische Politik gegeben.

Das die beiden Reiche hervorgegangen sind aus dem Zerfall der karolingischen Gesamtmönarchie, weiß jeder. Das unnatürliche Mittelreich, das der Teilungsvertrag von Verdun 843 schuf, ist bald verschwunden; es war seit 880 mit dem ohhränkischen, dem Deutschen Reich, nicht verbunden, sondern verschmolzen, so daß irgendeine staatsrechtliche Verschiedenheit zwischen den beiden miteinander verwandten Reichsteilen nicht bestand. Es verfloßen Jahrhunderte unbestreitbarer deutscher Ueberlegenheit. In keinem Falle ist in dieser Zeit deuischerseits ein Versuch gemacht worden, die Reichsgrenze weiter nach Westen vorzuschieben. Es gehörten Franzosen zum Reich; aber zu Frankreich gehörten auch Deutsche, die Händerer. Die Sprachgrenze ist ja überhaupt niemals Reichs- oder Staatsgrenze gewesen, ist das auch heute nicht. Von Aufstellungen der deutschen Franzosen gegen das Reich weiß die Geschichte wenig. Aber selbst schwache Könige Frankreichs haben den Versuch nicht gemacht, die Besitzverteilung zu ändern. Unbekannt ist, wie Voltaire 1778 vorübergehend Nachen besetzte und den Mar auf der Kaiserpfalz gegen Deutschland wenden ließ.

Die Lage ist eine andere geworden, als Deutschland unheilbarer, innerem Zwiespalt verfiel. Das ist mit dem Doppelfürstentum Philipp von Schwaben und Otto von Braunschweig eingetreten. Gleichzeitig regierte in Frankreich Philipp II. Ihm ist als „Kaiser des Reichs“ der Beiname August geworden. Er hat die französische Anwartschaft gegründet, und sie bei seinem Tode wesentlich gekürzt hinterlassen. Mit ihm begannen auch die Versuche, Frankreichs Grenze ostwärts vorzuschieben. Aber noch nicht unmittelbar gegen das Reich, wohl aber gegen das seit 922 mit Deutschland unter einem Herrscher vereinigte burgundische (saxonalische) Königreich. Die Nachfolger haben die Bemühungen erfolgreich fortgesetzt. Kaiser Friedrich II. ist 1246 in Lyon, das ihm selbst unterhand, von einer großen Kirchenversammlung gebannt worden. Es ist ein gewisser Rückschlag eingetreten, als Frankreichs Könige um ihre Stellung mit den Engländern zu ringen hatten. Im Anschluß an die Niederlage von Mauthausen (1836) hat Kaiser Karl IV. Reichsrechte zurückgewinnen können. Aber in diesen Kämpfen ist auch der französische Nationalgeist, wie die Jungfrau von Orleans ihn verkörpert, zu voller Entwicklung gelangt. Seitdem hat kein Franzose mehr sich mit dem Auslande gegen das eigene Volk verbunden können, ohne allgemeiner Verachtung anheimzufallen. Der Connetable von Bourbon und Moreau sind des aus aller und neuer Zeit Zeugnis.

Das Emporkommen des neuburgundischen Hauses, dem die Niederlande, Belgien und Luxemburg ihre gegenwärtige Sonderstellung verdanken, und seine Verbindung mit Habsburg, die sich vor allem in Karl V. verkörpert, haben französische Eroberungstrieb zeitweise Schwächen gelöst. Franz I. hat Italien räumen müssen, sich neben dem übermächtigen Gegner doch voll behauptet. Sein Nachfolger Heinrich II. hat ihm schon mit Hilfe eines deutschen Fürsten, des Toul und Verdun, deren Bischöfe so oft treue Diener deutscher Könige gewesen waren, abnehmen können. Eine schwere innere Erschütterung hat Frankreich dann noch mit den Huguenottenkriegen zu überwinden gehabt. Demisfreiheit ist wohl verlohnt worden, den evangelischen Glaubensgenossen Diffe zu bringen; der Gedanke, die Gelegenheit zu benutzen, um Frankreich zu schwächen, lag außerhalb deutscher Betrachtungsweise. Als Richelieu mit der Eroberung von La Rochelle 1628 die heimlichen Protestanten niedergeworfen hatte, begann er alsbald ihre deutschen Glaubensverwandten planmäßig zu unterdrücken, um deutsche Macht zu schwächen. Schon Heinrich IV., den das „Huhn im Topf“ auch in Deutschland populär gemacht hat, plante, nachdem er die Königskrone wohl eine Weile wert gefunden hatte, die Zertrümmerung der habsburgischen — das bedeutete damals der deutschen — Macht durch Reorganisi-